

Bezirk Oberbayern

Niederschrift	
über die Sitzung des	Sozial- und Gesundheitsausschusses
Nr.	03/2010
Datum	22.07.2010
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn	09:30 Uhr
Ende	12:05 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender:	Hr. BTP Mederer
Ausschussmitglieder	Hr. BR Ammer, Fr. BRin Broschei, Hr. BR Eichiner, Hr. BR Geiger, Fr. BRin Heigl, Fr. BRin Hügenell, Hr. BR Loy, Hr. BR Rippe, Fr. BRin Neubauer, Fr. BRin Weiß, Fr. BRin Waldmann
Sachverständige:	Hr. Niedermeier, Fr. Formisano, Hr. Raß, Hr. Dr. Bauer, Hr. Freitag, Fr. Wettengl, Fr. Majewski, Hr. Warth, Fr. Fürst, Fr. Straub, Hr. Utz, Hr. Habel, Hr. Schärfl
Verwaltung	Hr. Dr. Bruckmann, Hr. Brinckmann, Hr. Wirth, Hr. Heffner, Frau Tobolar-Karg, Fr. Büllesbach, Hr. Jalsovec, Fr. Dr. Henrich, Hr. Rössler, Hr. Thaler, Fr. Erdmann, Fr. Stenzel, Hr. Kohl, Fr. Eberhardt, Hr. Schempp, Hr. Peter Schneider, Hr. Peter-Hermann Schneider, Fr. Lengmüller, Fr. Hansjosten
Sonstige:	Fr. BRin Bittner, Fr. BRin Friedl-Laussenmeyer, Hr. Weißbach – Caritas, Frau Waibel – KONA, Hr. Spuckti, Patientenfürsprecher: Hr. Schmöger, Hr. Zerer, Fr. Fischberger, Hr. Dresel, Fr. Teichmann
Entschuldigt:	Hr. BR Schwab, Hr. Seuß, Hr. Urek, Hr. Selensky, Hr. Dr. Orlich Hr. Strauch sowie Vertreter, Hr. Dr. Schmied, Fr. Neuwinger
Protokollführerin	Fr. Hanner

Tagesordnung:

		Seite
Sozial- und Gesundheitsausschuss		
I. Öffentliche Sitzung:		
TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzungen vom 16.03.2010 und 08.04.2010	17
TOP 2	Fortschreibung des Psychiatrie- und Suchthilfekonzeptes des Bezirks Oberbayern – klinischer Teil; Aktualisierung der Standortplanung in der Versorgungsregion des Inn-Salzach-Klinikums	18

TOP 3	Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“: Jahresberichte 2009	18
TOP 4	Antrag des Vereins KONA, Nachsorge von krebskranken Kindern, Förderung als überregionaler Dienst der offenen Behindertenarbeit	19
TOP 5	Aktueller Entwicklungsbericht der Sozialpsychiatrischen Dienste und Suchtberatungsstellen in Oberbayern	19
TOP 6	Fahrdienst für Menschen mit Behinderung in Oberbayern (Mobilitätshilfe)	19-20
TOP 7	Arbeitsgruppe Zuverdienstförderrichtlinien in Oberbayern	20-21
TOP 8	Antrag der Firma Integra aus Ingolstadt zur Gewährung eines zinslosen Darlehens im Rahmen des Arbeitsmarktprogrammes des Bezirks Oberbayern	21
TOP 9	Antrag der FDP-Fraktion vom 09.05.2010, Gewalt in Einrichtungen in Oberbayern, Einberufung eines runden Tisches	22
TOP 10	Antrag der FDP-Fraktion vom 09.03.2010 zur Erweiterung des 12-Stunden-Krisendienstes Psychiatrie München	22-23
TOP 11	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2010 betreffend „Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenzerkrankungen“	23
TOP 12	Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2010 betreffend der Einsparvorhaben und -möglichkeiten der Sozialverwaltung	23
TOP 13	Bericht aus der AG „HMB-T-Verfahren in Förderstätten“ Behandlung und ggf. Beschlussfassung für eine Übergangslösung bzgl. der Vorgehensweise mit KurzLeistungsvereinbarungen und weiterer Auftrag für die Arbeitsgruppe	24-25
TOP 14	Bekanntgaben und Sonstiges	25-27

Herr BTP Mederer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Über die Tagesordnung besteht Einverständnis.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzungen vom 16.03.2010 und 08.04.2010

Die Protokolle der letzten beiden Sitzungen vom 16.03.2010 und 08.04.2010 werden ohne Einwände genehmigt.

**TOP 2: Fortschreibung des Psychiatrie- und Suchthilfekzeptes des Bezirks Oberbayern – klinischer Teil;
Aktualisierung der Standortplanung in der Versorgungsregion des Inn-Salzach-Klinikums**

Die Standorte und Bettenziele des Psychiatrie- und Suchthilfekzeptes 2001, klinischer Teil, sollen fortgeschrieben werden. Diskutiert wird aufgrund der aktuellen Entwicklung die Veränderung des bisherigen Standortes für eine Tagklinik/Ambulanz von Burghausen nach Altötting. Das Bettenziel soll dem Bedarf angepasst werden. Der Finanzierungsbeschluss des Bezirkstags vom 31.7.2008, TOP I.6. soll nicht angewandt werden, der Bezirk beteiligt sich nicht an den Kosten einer Tagklinik/Ambulanz der ISK gGmbH in Altötting.

Beschluss 09/10	<p>Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Bezirkstag von Oberbayern den folgenden Beschluss:</p> <p>a) Das Psychiatrie- und Suchthilfekzept 2001 wird für die Versorgungsregion Gabersee/BGL und Traunstein folgendermaßen geändert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die in der Versorgungsregion geplante Tagklinik mit 20 Plätzen und Ambulanz wird anstelle des Standortes Burghausen am Kreisklinikum Altötting vorgesehen. - Die für die Region angestrebte Anzahl an Betten und Plätzen für Psychiatrie und Psychotherapie beträgt 479 Betten/Plätze. <p>b) Der Bezirk Oberbayern ist mit dem Projekt Tagklinik und Institutsambulanz des Inn-Salzach-Klinikums in Altötting einverstanden. Weisungen an die Verwaltungsräte des Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen werden nicht erteilt.</p> <p>c) Der Bezirk Oberbayern beteiligt sich nicht an den Kosten des Projektes.</p> <p>Abstimmungsergebnis: 13 : 0</p>
----------------------------	--

Top 3: Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“: Jahresberichte 2009

Die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher der "Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen" berichten dem Bezirk Oberbayern satzungsgemäß jedes Jahr schriftlich und mündlich über ihre Tätigkeit.

--	--

TOP 4: Antrag des Vereins KONA, Nachsorge von krebskranken Kindern, Förderung als überregionaler Dienst der offenen Behindertenarbeit

KONA ist eine Koordinierungs- und Beratungsstelle für Familien mit an Krebs erkrankten Kindern in München. Im Anschluss an die Intensivbehandlung mit Chemotherapie und/oder Bestrahlung werden die Kinder weiterhin für mindestens fünf Jahre (Heilungsgewährung) in den Kliniken in der medizinischen Nachsorge betreut. Nach Abschluss der Nachsorge sind die Kinder oftmals nicht mehr an Krebs erkrankt, jedoch aufgrund der Behandlung bzw. der Erkrankung von Behinderung bedroht bzw. behindert.

Für die ambulante psychosoziale Nachsorge der betroffenen Kinder und Jugendlichen und deren Familien ist KONA zuständig. Das Angebot ist niederschwellig. KONA beantragt die Anerkennung als überörtlicher Dienst der offenen Behindertenarbeit und die Finanzierung einer Planstelle. Die Tätigkeit wird auf ganz Oberbayern ausgedehnt.

Beschluss 10/10	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt die Förderung von KONA ab 01.07.2010. Gefördert wird eine Planstelle als überregionaler Dienst der Offenen Behindertenarbeit. Die dafür erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 20.620 € werden bereitgestellt. Der Beschluss ergeht unter Vorbehalt der Mitförderung durch den Freistaat Bayern.
	Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 5: Aktueller Entwicklungsbericht der Sozialpsychiatrischen Dienste und Suchtberatungsstellen in Oberbayern

Die Sozialpsychiatrischen Dienste (SPDI) an 36 Standorten und Suchtberatungsstellen (PSB) an 42 Standorten in Oberbayern mit insgesamt 360,27 Planstellen für sozialpädagogisches Fachpersonal werden jährlich mit 24.130.000 Euro (HH 2010) vom Bezirk Oberbayern im Rahmen der pauschalfinanzierten Leistungen finanziert.

Als wesentliche Aufgaben von Sozialpsychiatrischen Diensten und Suchtberatungsstellen sind definiert: Beratung, Clearing, Überleitungsmanagement, Weitervermittlung, Betreuung, Casemanagement, Krisenversorgung, Einzel- und Gruppenangebote, Tagesstrukturierung etc.

	Der Sozial -und Gesundheitsausschuss nimmt den Entwicklungsbericht von 2007-2009 zu den Sozialpsychiatrischen Diensten und den Suchtberatungsstellen in Oberbayern zur Kenntnis.
	Die Verwaltung wird beauftragt, in der Herbstsitzung einen erneuten Sachstandsbericht unter Einbeziehung der Entwicklung in den Kliniken abzugeben.

TOP 6: Fahrdienst für Menschen mit Behinderung in Oberbayern (Mobilitätshilfe)

Herr Wirth erläutert die Sitzungsvorlage und geht dabei insbesondere auf die Gründe für den Vorschlag der Arbeitsgruppe ein.

Beschluss 11/10	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden Beschluss: <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Bericht der Arbeitsgruppe zur Überprüfung und Auswertung der Regelungen zur Mobilitätshilfe für schwer behinderte Menschen wird zur Kenntnis genommen. 2. Die Regelung des Bezirks Oberbayern zur Gewährung von Mobilitätshilfe wird bis zum 31.12.2011 beibehalten. 3. Der erneute Bericht der Arbeitsgruppe zur Überprüfung und Auswertung der Regelungen zur Mobilitätshilfe für schwer behinderte Menschen wird dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vor der Sommerpause 2011 vorgelegt. <p>Abstimmungsergebnis: 13 : 0</p>
----------------------------	---

TOP 7: Arbeitsgruppe Zuverdienstförderrichtlinien in Oberbayern

Die konstituierende Sitzung der AG fand am 16.03.2010 unter Beteiligung aller Fraktionen, der Trägerverbände und der Verwaltung statt. Eine kleine Unterarbeitsgruppe, besetzt durch Bezirksverwaltung und Trägerverbände, wurde gebildet.

Es konnten drei Arten der Zuverdienstarbeitsprojekte erarbeitet werden:

- Solitäre Arbeitsprojekte, die in keiner Verbindung mit anderen Versorgungsstrukturen der ambulanten Psychiatrie stehen,
- Zuverdienstarbeitsprojekte, die in enger Verbindung mit Integrationsprojekten stehen,
- Zuverdienstarbeitsprojekte, die mit Tagesstätten in Kooperation arbeiten

Diese Dreiteilung ist ein wichtiger Aspekt bei der Refinanzierung der Projekte, da bei Zuverdienstarbeitsprojekten, die in Kooperation mit anderen Strukturen stehen, u. U. erheblich niedrigere Verwaltungskosten bzw. Sachkosten anfallen. Die Struktur der Finanzierung besteht aus drei Komponenten: Personal wird vom Bezirk finanziert, 18 % der Personalkosten werden als Verwaltungspauschale ausgereicht und zusätzlich 1.533,88 € pro Platz im Jahr an den Träger gewährt.

Die jetzige Finanzierungsform ergibt einen Durchschnittspauschalbetrag pro Monat und pro Platz von 901,00 € an Finanzierungskosten. Die Hochrechnung des Jahresbudgets mit diesem Betrag ergibt ein Budgetvolumen von 8,6 Mio. €. Ein niedrigerer Durchschnittsbetrag wäre mit einem geringeren Jahresbudget verbunden und würde für den Bezirk Oberbayern eine Kostenersparnis ermöglichen.

Die Vertreter der Trägerverbände betonen, dass sie eine pauschale Finanzierung für sinnvoll erachten und schlagen vor, die Zuverdienstarbeitsprojekte in den nächsten drei Jahren mit einer Pauschale in Höhe von 870,00 € pro Platz und Monat zu finanzieren und parallel eine wissenschaftlich begleitete Evaluation durchzuführen.

An Hand eines Abfragekatalogs sollte geklärt werden, wie die derzeitige Verwaltungskostenpauschale von 18 % zur Verwendung kommt. Darüber hinaus sollten die Projekte

über ihre Sachkosten Auskunft geben sowie über die Entlohnung der behinderten Menschen informieren.

90 % der Fragebögen wurden ausgefüllt und zurückgeschickt.

In der AG wurden diverse Finanzierungsmodalitäten ab 2011 vorerst befristet auf 2 Jahre thematisiert. Die Verwaltung schlägt vor, das Fördervolumen abzusenken und Komponenten der Finanzierung wie die Personalkostenpauschalen und Sachkostenpauschalen an die landeseinheitlichen Größen anzupassen.

In der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe am 27.09.2010 soll ein endgültiges Ergebnis erzielt werden. Über den Finanzierungsvorschlag der AG soll in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses beraten werden und ein Beschluss für die Jahre 2011 und 2012 herbeigeführt werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

TOP 8: Antrag der Firma Integra aus Ingolstadt zur Gewährung eines zinslosen Darlehens im Rahmen des Arbeitsmarktprogrammes des Bezirks Oberbayern

Die Fa. Integra – Soziale Dienste gemeinnützige GmbH wird seit 2002 vom Bezirk Oberbayern mit Hilfe des Arbeitsmarktprogrammes des Bezirks Oberbayern sowie mit Hilfe des Programms „Förderung der Zuverdienstplätze für psychisch Kranke und psychisch Behinderte und Suchtkranke Menschen in Oberbayern“ gefördert. Das jährliche Fördervolumen des Arbeitsmarktsprogrammes beläuft sich auf 92.000 Euro, im Bereich Zuverdienststarbeitsplätze auf 690.000 Euro. Darüber hinaus ist Integra Träger von 57 Plätzen in therapeutischen Wohngemeinschaften und 80 Plätzen im Bereich des betreuten Einzelwohnens für Menschen mit Suchterkrankungen. Sie ist der größte Träger der ambulanten psychiatrischen Versorgung im Bereich Arbeit in der Planungsregion 10.

Die Fa. Integra gGmbH beabsichtigt in Ingolstadt ein Ladenlokal zu erwerben. In diesem Ladenlokal sollen diverse Arbeitsprojekte des Unternehmens, die derzeit noch an verschiedenen Standorten und Betriebsstätten untergebracht sind, zusammengezogen werden. Dadurch soll zukünftig ein zentral gelegener Arbeitsplatz für Menschen mit seelischer Behinderung und Suchterkrankung entstehen. Für viele Menschen wird damit auch die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes erleichtert.

Die Förderrichtlinien des Bezirks Oberbayern für das Arbeitsförderprogramm sehen unter § 4 die Gewährung von Darlehen für Ersatz und Erweiterungsinvestitionen vor. Gemäß § 4 Ziffer 4 b kann ein Darlehen bis zu einem Betrag von höchstens 80 % der geplanten Investitionen gewährt werden

Beschluss 12/10	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern stimmt der Gewährung eines zinslosen Darlehens in Höhe von 80.000 Euro an die Fa. Integra gGmbH zu. Die Rückzahlung beginnt 2011. Sie erfolgt in 5 gleichen Jahresraten in Höhe von 16000,00 € pro Jahr.
	Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 9: Antrag der FDP-Fraktion vom 09.05.2010, Gewalt in Einrichtungen in Oberbayern, Einberufung eines runden Tisches

In einer Wohneinrichtung in Oberbayern mit Tagesstruktur für geistig und seelisch behinderte Erwachsene, die einer besonders intensiven Betreuung bedürfen, wurden im vergangenen Jahr Fälle von Gewaltanwendung gegenüber Leistungsberechtigten bekannt. Diese Fälle und die aktuelle Diskussion über Missbrauch und Gewaltanwendung an Schutzbefohlenen sind Anlass, sich grundsätzlich über Formen der Gewalt, des Umgangs, sowie mit den Möglichkeiten der Prävention und Kontrolle in Einrichtungen, bei denen der Bezirk Oberbayern als Vertragspartner und Leistungsträger involviert ist, sachlich auseinander zu setzen.

Beschluss 13/10	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt, das Thema Gewalt in Einrichtungen im Bezirk Oberbayern – derzeitige Formen von Gewalt im Umgang mit Menschen mit herausforderndem Verhalten und die angewandten Instrumente in Einrichtungen (Fixierungen, Medikamente, Selbstverletzungen) in den GSV-Gremien zu behandeln.
	Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Top 10: Antrag der FDP-Fraktion vom 09.03.2010 zur Erweiterung des 12-Stunden-Krisendienstes Psychiatrie München

Der Krisendienst Psychiatrie München gewährleistet an 365 Tagen von 9.00 bis 21.00 Uhr niedrigschwellige ambulante, im Bedarfsfall auch aufsuchende Hilfe bei psychiatrischen Krisen. Ziele sind;

- eine schnelle, unkomplizierte Hilfe für Betroffene, Angehörige und professionelle Helfer wie z. B. Ärzte,
- eine Hinführung zu vorhandenen ambulanten, wohnortnahen Hilfen,
- die Vermeidung unnötiger Klinikaufenthalte,
- das Verhindern von selbst- und fremdgefährdenden Situationen, Deeskalation, Unterstützung und Kooperation mit z. B. der Polizei oder Notärzten

Gemäß dem Antrag der FDP-Fraktion vom 09.03.2010 soll Folgendes geprüft werden:

- Erweiterung des 12-Stunden-Krisendienstes Psychiatrie München um 3 Stunden von 21.00 bis 24.00 Uhr
- Aufstockung des Personals in der Leitstelle im Atriumhaus in den Stoßzeiten um eine weitere Stelle
- Aufzeigen von Möglichkeiten, inwieweit entsprechende Kapazitäten für die an München angrenzenden Landkreise bzw. im Münchner Umland aufgebaut werden können. Ziel ist die Vermeidung unnötiger stationärer Aufenthalte, vergleichbar dem Krisendienst in Mittelfranken (www.krisendienst-mittelfranken.de)
- Prüfen nachhaltiger Möglichkeiten einer Kofinanzierung

Beschluss 14/10	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beauftragt die Verwaltung, in bilateralen Gesprächen mit anderen Kostenträgern eine Kofinanzierung zu klären. Ggf. soll im Gremium GSV ein Projekt aufgelegt werden, welches sich mit der Prüfung von Möglichkeiten zur nachhaltigen Finanzierung und fachlichen Sicherstellung sowie dem notwendigem Ausbau des Krisendienstes Psychiatrie München befasst.
	Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 11: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2010 betreffend „Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenzerkrankungen“

Herr Wirth stellte den aktuellen Verhandlungsstand in der Arbeitsgruppe der kommunalen Spitzenverbände mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen dar.

Zwei Modelle werden derzeit geprüft: Einmal die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen örtlichem und überörtlichem Sozialhilfeträger anhand der verschiedenen Zielgruppen des Ambulant betreuten Wohnens, zum anderen eine pauschale Kostenbeteiligung der Bezirke an den Leistungen für die Formen des Betreuten Wohnens, für die nicht eindeutig die Zuständigkeit bereits feststeht, wie dies z. B. bei Therapeutischen Wohngemeinschaften für psychisch kranke Menschen der Fall ist.

Während die Mehrzahl der Bezirksvertreter in der Arbeitsgruppe das erstgenannte Modell bevorzugen, haben die Vertreter der örtlichen Träger sich überwiegend für das zweite Modell ausgesprochen.

Vereinbart wurde, dass Bezirke und örtliche Träger ihre jeweiligen Modelle noch genauer ausarbeiten und die Alternativen in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe am 18.08.2010 besprochen werden sollen.

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
	Die Verwaltung wird beauftragt in der nächsten Sitzung erneut über den Sachstand zu berichten.

TOP 12: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2010 betreffend der Einsparvorhaben und -möglichkeiten der Sozialverwaltung

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 29.5.2010 zur Haushaltssituation im Budget 3 und die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung wird nach Sachvortrag durch Herrn BTP Mederer zur Diskussion gestellt

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
--	---

TOP 13: Bericht aus der AG „HMB-T-Verfahren in Förderstätten“ Behandlung und ggf. Beschlussfassung für eine Übergangslösung bzgl. der Vorgehensweise mit Kurz-Leistungsvereinbarungen und weiterer Auftrag für die Arbeitsgruppe

In der Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 08.04.2010 wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einer Prüfung der Eignung des HMB-T-Verfahrens zur Erhebung des individuellen Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderungen in Förderstätten beschlossen.

Das gemeinsame Arbeitstreffen mit Frau Dr. Metzler ergab, dass das HMB-T Verfahren für die Hilfebedarfsermittlung in Förderstätten qualitativ geeignet ist. Eine quantitative Zuordnung soll in einer Unter-Arbeitsgruppe erarbeitet werden.

Aufgrund der Komplexität der Aufgaben kann der Auftrag des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 08.04.2010 nicht bis zum 30.09.2010 erfüllt werden. Für das weitere Vorgehen ist eine Übergangslösung und eine zeitliche Verlängerung zur Auftrags Erfüllung erforderlich:

1. Die Kurz-Leistungsvereinbarungen werden bis zum 30.11.2010 verlängert. Für diese Förderstätten erfolgt der Abschluss der neuen Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarungen zum 01.12.2010.
2. Alle Förderstätten, die bisher einen besseren Stellenschlüssel als 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 vereinbart haben, werden ebenfalls bis zum 01.12.2010 neu verhandeln, unter der Maßgabe einer spürbaren Anpassung, Veränderung und Absenkung der Stellenschlüssel beim Gruppenpersonal. Unter Beachtung des Auftrages, dass es zu keiner Kostenmehrung kommen darf und Einsparpotentiale wünschenswert sind, muss diese Veränderung als erster Schritt vollzogen werden.
3. Im Anschluss an die unter Punkt 2 genannten Verhandlungen besteht für Förderstätten mit einem Stellenschlüssel von 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 im Gruppenpersonal die Möglichkeit einen außergewöhnlichen Hilfebedarf von einzelnen Personen mit dem HMB-T – Verfahren in seiner Ursprungsform zu erfassen. Dies kann nur für eine begrenzte Anzahl von Personen geltend gemacht werden. Die Stellenschlüssel im Gruppenpersonal gelten entsprechend dem Vorschlag des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 08.04.2010 für das HMB-T – Verfahren wie folgt: Hilfebedarfsgruppe 3 (1 zu 3), Hilfebedarfsgruppe 4 (1 zu 2,5) und die Hilfebedarfsgruppe 5 (1 zu 2,2). Bestehende Einzelvereinbarungen für Personen mit besonderem, intensivem Bedarf gelten entsprechend der individuellen Leistungsvereinbarung unverändert weiter.
4. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt die Umsetzung der Punkte 1. bis 3. zu konkretisieren und im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss im Oktober zu informieren und beschließen zu lassen. Parallel bereiten die Einrichtungsträger die erforderlichen Unterlagen zum Abschluss einer Leistungs-, Prüfungs- und Entgeltvereinbarung vor.
5. Die Arbeitsgruppe setzt ihren Arbeitsauftrag weiter um. Bis zum 30.11.2010 sind die weiteren Aufgaben zu erarbeiten.

**Beschluss
15/10**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt :

Die Kurz-Leistungsvereinbarungen werden bis zum 30.11.2010 verlängert. Der Abschluss der neuen Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarungen erfolgt zum 01.12.2010

Alle Förderstätten, die bisher einen besseren Stellenschlüssel als 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 vereinbart haben, werden ebenfalls bis zum 01.12.2010 neu verhandeln, unter der Maßgabe einer spürbaren Anpassung, Veränderung und Absenkung der Stellenschlüssel beim Gruppenpersonal. Im Anschluss an diese oben genannten Verhandlungen besteht für Förderstätten mit einem Stellenschlüssel von 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 im Gruppenpersonal die Möglichkeit einen außergewöhnlichen Hilfebedarf von einzelnen Personen mit dem HMB-T – Verfahren in seiner Ursprungsform zu erfassen. Dies kann nur für eine begrenzte Anzahl von Personen gelten gemacht werden. Es gelten dann die Stellenschlüssel im Gruppenpersonal für die Hilfebedarfsgruppe 3 (1 zu 3), die Hilfebedarfsgruppe 4 (1 zu 2,5) und die Hilfebedarfsgruppe 5 (1 zu 2,2).

Grundsätzlich darf es zu keinen Kostenmehrungen kommen. Einsparpotential ist wünschenswert.

Die Arbeitsgruppe setzt ihre Auftragsbearbeitung entsprechend dem o. g. Punkten 4) und 5) weiter fort.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 14: Bekanntgaben und Sonstiges

Behindertengerechter Zugang zum Bezirksgebäude

Der erste Bauabschnitt mit einem Finanzierungsvolumen von 250.000,00 € ist nun freigegeben. Baubeginn ist noch in 2010.

Der zweite Bauabschnitt soll 2011/2012 beginnen.

Sozialbericht

Der Sozialbericht wurde an die Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnisnahme verschickt. Die Verwaltung, speziell die Stabsstelle Strategische Sozialplanung, steht für eventuelle Fragen zur Verfügung.

Kooperationsvertrag im Rahmen der Eingliederungshilfe zur Klärung der sachlichen Zuständigkeit zwischen dem Bezirk Oberbayern und den Landkreisen sowie den kreisfreien Städten in Oberbayern als örtliche Jugendhilfeträger

Alle 20 Landkreise und die 3 kreisfreien Städte haben den Kooperationsvertrag unterzeichnet.

Alle Beteiligten haben sich sehr erfreut über diese Vereinbarung gezeigt, da alle Seiten davon ausgehen, dass es durch diesen Vertrag deutlich weniger Streitfälle bzgl. der Zuständigkeiten zwischen den Trägern geben wird.

Treffen mit dem Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München am 21.07.2010

Am 21.07.2010 hat ein Gespräch mit dem Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München zum Thema Eingliederungshilfe stattgefunden. Es wurden gemeinsame Lösungen erarbeitet sowie Unklarheiten geklärt.

Stellenplan 2010

Die angesprochene Sitzungsvorlage des Personalausschusses vom November 2009 betraf Stellen für Entgeltverhandler. Von den zwei genehmigten Stellen war eine mit Sperrvermerk versehen. Für die Aufhebung des Sperrvermerks wurde von der Politik ein Verhandlungskonzept gefordert, aus welchem hervorgeht, wie Einsparungen generiert werden könnten.

In der genannten Sitzungsvorlage wurde das Konzept lediglich als Anlage beigelegt. Eine Umsetzung des Konzepts ist bislang nicht politisch beschlossen.

Bereits in einem ersten Gespräch zwischen Herrn BTP Mederer, der Verwaltung und den Verbänden wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht, den Kostenanstieg abzuflachen. Um künftig derartige Diskrepanzen in der Kommunikation zu vermeiden, schlägt Herr Weißbach (Caritasverband) vor, ein weiteres gemeinsames Gespräch mit den Verbänden abzuhalten. Im Herbst 2010 soll ein Folgegespräch stattfinden, bei welchem auch ein Grundkonzept zu Einsparungsvorschlägen der Verwaltung vorgelegt wird.

AG Sondertatbestände

Der Arbeitsauftrag des Sozial- und Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2008 mit dem Ziel der Erarbeitung einer längerfristig tragfähigen Lösung für die Stellenschlüssel im Bereich Wohnheime für Menschen mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung wird zum 31.12.2010 nicht erarbeitet sein. Gründe hierfür liegen insbesondere in der Komplexität des Arbeitsauftrages.

Es werden für die weitere Bearbeitung 2 Arbeitsschritte geplant:

1. Umsetzung einer Übergangsregelung zum 01.01.2011 mit der Prüfung einer differenzierten Absenkung von Sondertatbeständen.
2. Umsetzung einer neu erarbeiteten Systematik zum 01.01.2012 - Erarbeitung eines personenkreisbezogenen Zuschlags für besondere Bedarfe (im Bereich Pflege/individuelle Basisversorgung und herausforderndes Verhalten).

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Hilfebedarfsgruppen 2 (HBG 2) in Werkstätten

Auf Betreiben der LAG WfbM wurde eine Arbeitsgruppe installiert. Die Arbeitsgruppe hat einen Vorschlag zur künftigen Definition der HBG 2 erarbeitet. Um den Vorschlag umsetzen zu können, müsste der Rahmenleistungsvertrag geändert werden. Bis zum 15.09.2010 sind die Mitglieder der Arbeitsgruppe aufgefordert ihre Stellungnahmen zum genannten Vorschlag abzugeben. Anschließend soll über die Änderung der Rahmenleis-

tungsvereinbarung in der Sitzung der LEK am 03.12.2010 abgestimmt werden. Bis zu einer etwaigen Änderung gilt die derzeitige Rechtslage weiter.

Frau Wettengl regt an, die Kostenübernahmen, die derzeit auslaufen, bis zur Neuregelung weiter zu gewähren. Die Verwaltung wird den Vorschlag prüfen.

Nachdem keine Anträge bzw. Wortmeldungen folgen, bedankt sich BTP Mederer bei den Anwesenden und schließt um 12:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

BEZIRK OBERBAYERN
München, 16.03.2010



Josef Mederer
Bezirkstagspräsident



Fr. Hanner
Protokollführerin